



Richtige und falsche Signale

Mir wird übel, wenn ich die Bilder vom Krieg in der Ukraine sehe. Vor unseren Augen schlagen Granaten in Gebäude ein und töten Menschen, wobei es egal ist, ob es sich um Soldaten oder Zivilisten handelt. Um jeden einzelnen Ukrainer lohnt es sich zu trauern, aber auch um die russischen Soldaten, die unter falschen Voraussetzungen in den Krieg geschickt wurden und sich wundern, dass sie nicht als Befreier mit Blumen begrüßt, sondern beschossen werden.

Es ist nicht zu ertragen, wie Putin, sein Außen- und Kriegsminister sowie der UN-Botschafter ständig Lügen verbreiten, um ihren Angriffskrieg gegen die Ukraine zu rechtfertigen. Weder finden Genozide in der Ukraine statt, noch kann das Land Atomwaffen herstellen.

Mit Vergleichen soll man sich zurückhalten, aber immer wieder kommt mir der Satz in den Sinn: „Ab 5:45 Uhr wird zurückgeschossen.“ Selbst bei der Uhrzeit hat Hitler gelogen, war es doch erst 4:45 Uhr. Unwichtig. Wichtiger aber, dass vom polnischen Boden aus kein Schuss fiel, der hätte erwidert werden müssen.

Auch der Angriffskrieg der USA gegen den Irak lässt sich nicht mit dem in der Ukraine vergleichen, auch wenn das Land ebenfalls aufgrund falscher Anschuldigungen und gefälschter Unterlagen angegriffen wurde. Schließlich macht es einen Unterschied, ob man eine Diktatur oder eine Demokratie grundlos angreift, oder? Beim Irak-Krieg ging es außerdem um die Beseitigung eines Staatschefs, der schonungslos sein Volk unterdrückte und alle ermordete, die sich ihm in den Weg stellten. Wegen Kriegsverbrechen und Verbrechen gegen die Menschlichkeit wurde er verurteilt und nach kurzem Prozess gehängt.

Was steht in Putins Anklageschrift für den ukrainischen Staatspräsidenten, wenn er seiner habhaft wird? Wird er ihn auch hängen oder gleich erschießen?

Hitlers Angriffskrieg auf Polen, der den Zweiten Weltkrieg auslöste, ist eine ganz andere Geschichte. Nachdem die Welt in Schutt und Asche lag, nahm sich der Verursacher dieser Katastrophe in einem Bunker in Berlin das Leben. Der ukrainische Botschafter bei den Vereinten Nationen zog eine Parallele zwischen Hitler und Putin. Auch Putin sitze in

einem Bunker und es klang so, als wüsste sich der Botschafter, dass der russische Kriegstreiber sein Leben eben dort beenden sollte.

Russland zerstört systematisch die Ukraine und wir schauen hilflos zu und senden Waffen. In welcher Hoffnung eigentlich? Den Krieg zu gewinnen? Wohl kaum. Ihn zu verlängern, sicherlich ja.

In Kriegsfilmern oder Western ist es häufig so, dass der bedrängten Minderheit im letzten Augenblick starke Freunde zu Hilfe eilen und das Blatt wenden. Der Ukraine-Krieg ist kein Film, sondern Real-TV in Echtzeit, Jack Bauer aus „24“ lässt grüßen. Kein Soldat eines anderen Landes wird der Ukraine helfen. Vom Spielfeldrand schauen alle zu. Was ist das für eine Völkergemeinschaft, die keine Möglichkeit hat, ein Land, das grundlos angegriffen wird, zu retten? Weil niemand den Dritten Weltkrieg riskieren will, wird die Ukraine in Schutt und Asche versinken. Und aus dieser Asche wird **Wladimir Phoenix Putin** ein neues Land nach seinem Gusto kreieren; einen abhängigen Vasallenstaat wie Belarus.

Wie er diesen Staat allerdings unter Kontrolle halten will, bleibt offen. In der Ukraine kämpfen nicht nur Soldaten gegen Putin, sondern auch bewaffnete Zivilisten. Dieses Land, fast doppelt so groß wie Deutschland mit halb so vielen Einwohnern, zu unterwerfen, wird schwer möglich sein. Wie viele russische Soldaten sollen auf Dauer in der Ukraine bleiben, um jegliches Streben nach Wiedererlangung der Freiheit zu verhindern? Putin kann jetzt die Schlacht gewinnen, den Krieg aber nicht.

Richtige Signale

Es ist vollkommen in Ordnung, dass Russland so weit es geht isoliert wird, auch wenn die Menschen und das Land leiden. Es ist Putins Krieg. Aber nur die eigene Bevölkerung kann sich von ihrem Peiniger befreien. Wer sich jetzt nicht von Putin, gemeint ist nicht von Russland, deutlich distanziert, hat ebenso wenig ein Recht, in unserem Land als Dirigent zu wirken wie Lieder zu singen. Konsequenz und mutig ist es, dass die vier Mitarbeiter in **Gerhard Schröders** Bundestagsbüro gekündigt haben. Es ist Schröders Privatsache, mit wem er befreundet ist. Schröder muss sich auch nicht von Putin öffentlich distanzieren, er muss aber seine Tätigkeit für die russischen Staatskonzerne unverzüglich aufgeben, so wie es andere Ex-Politiker bereits getan haben. Schließlich ist er auch im Ruhestand Repräsentant unseres Landes. Was selbst die UEFA und Schalke 04 hinkommen haben, sollte auch Gerhard Schröder gelingen.



Zwei Prozent

Damit wir uns nicht missverstehen. Ich bin kein Pazifist, liebe aber den Frieden, den ich seit 73 Jahren in Deutschland genießen darf. Ich bin der früheren Sowjetunion unendlich dankbar dafür, dass sie meine Stadt von Hitlers Nationalsozialismus befreit hat. Und ich bin zuallererst den Vereinigten Staaten von Amerika dankbar, dass sie den Frieden in meiner Stadt gesichert hat und bis heute im NATO-Bündnis abschreckend dafür sorgt, dass uns niemand angreifen wird.

Das Herumgeeiere und Getrickse um das Zwei-Prozent-Ziel des Bruttoinlandsprodukts für Verteidigungsausgaben habe ich nie verstanden. Wenn ich es richtig weiß, handelt es sich um eine Vereinbarung aller NATO-Mitglieder, die aber nicht alle einhalten, wir auch nicht. Warum?

Trunken vom Anblick vieler weißer Friedenstauben haben wir in den letzten Jahrzehnten nach dem Chruschtschow-Ultimatum 1958, dem Bau der Berliner Mauer 1961 und der Kuba-Krise 1962 einen Angriffskrieg in Europa für völlig ausgeschlossen gehalten.

Alle Waffen wollten wir am liebsten verschrotten und die Bundeswehr lediglich in Bereitschaft halten, wenn es mal wieder irgendwo ein Hochwasser gibt. Die Bundeswehr ist, wie wir wissen, zur Landesverteidigung nicht in der Lage, jedenfalls nicht länger als ein paar Tage, also deutlich kürzer als die Armee der Ukraine. Was für eine Arroganz Deutschlands davon auszugehen, dass es 1. keinen Ernstfall geben wird, weil nicht sein kann, was nicht sein darf, und 2., wenn es einen gibt, uns die Amis helfen.

In weiten Teilen der friedensgläubigen SPD- und Grünen-Mitgliedschaft sind am Sonntag die Herzen in die Hosen gerutscht, als **Olaf Scholz** mit bislang nicht für möglich gehaltener Kriegsrhetorik Waffen in Krisengebiete liefern will und 100 Milliarden Euro aus dem Hut zauberte, um die Bundeswehr nicht auf-, sondern auszurüsten. Als hätten diese Aussagen des Bundeskanzlers, quittiert mit Standing Ovation von SPD, CDU/CSU, Grünen und FDP, die roten Nelken oder Sonnenblumen, je nach Parteizugehörigkeit, nicht schon zum Schockverblühen gebracht, legte er noch eins drauf: Das Zwei-Prozent-Ziel wird ab sofort nicht nur erfüllt, sondern übererfüllt. Und das alles ohne Debatten in Parteigremien. Doch zu früh gefreut, denn die sollen jetzt nachgeholt werden. So ginge es ja schließlich nicht, auch wenn um die Ecke Krieg herrscht. Das werden zu Ostern interessante Friedens-Märsche.

Falsche Signale

Wir sind uns einig, dass es Putins Krieg ist. Also nicht der Krieg Russlands und schon gar nicht seiner Menschen. Wir sind uns auch einig, dass Putins Regime vorläufig isoliert werden muss, auch wenn die Bevölkerung darunter leidet. Aber, es dürfen zum russischen Volk nicht alle Verbindungen gekappt werden. Es müssen Stränge am Leben gehalten werden, auch für die Zeit danach.

Es ist deshalb ein falsches Zeichen, wenn der Berliner CDU-Partei- und Fraktionschef **Kai Wegner** erklärt: „*Städtepartnerschaft Berlin-Moskau aussetzen!*“ Wegner schreibt: „*Putins Angriff auf die Ukraine ist ein beispielloser Akt der Aggression, ein eklatanter Bruch des Völkerrechts und eine herausfordernde Verletzung der europäischen Friedensordnung.*“ Das ist unbestritten. Anders verhält es sich mit den folgenden Aussagen:

„*Aus dem unverantwortlichen Vorgehen des russischen Machthabers muss auch Berlin die notwendigen Konsequenzen ziehen. Wer andere Länder überfällt, kann kein Partner sein. Der Berliner Senat sollte die Städtepartnerschaft mit Moskau bis auf Weiteres aussetzen. Die Kontakte zu den offiziellen Verwaltungsstellen, an denen Putins Gefolgsleute sitzen, müssen eingestellt werden.*“ Auch wenn gegenseitige Besuche im Augenblick nicht möglich sind, sollte der informelle Kontakt aufrecht erhalten bleiben. Die Regierende Bürgermeisterin **Franziska Giffey** hat gestern nach der Senatssitzung erklärt, die Städtepartnerschaft mit Moskau aufrechterhalten und nicht aussetzen zu wollen.

Ganz bei **Kai Wegner** bin ich mit dem folgenden Absatz seiner Pressemitteilung:

„*Eine starke Zivilgesellschaft ist ein entscheidender Faktor für den Frieden und die Verständigung der Völker. Ich appelliere an den Senat, gerade jetzt den Kontakt zur Moskauer Zivilgesellschaft zu stabilisieren und zu intensivieren. Das ist nicht der Krieg Russlands, das ist der Krieg Putins. Die russischen Bürgerrechtsorganisationen verdienen unsere vollste Solidarität und Unterstützung. Das gilt auch für russische Oppositionelle und ihre Organisationen im Berliner Exil.*“

Wir dürfen bei Putins Krieg nicht die anständigen Menschen in Russland aus den Augen verlieren.

Ed Koch